



Prof. Dr. Udo Steinbach

Udo Steinbach, geboren 1943, studierte Islamwissenschaft und Klassische Philologie in Freiburg im Breisgau und Basel. Von 1971 bis 1975 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Nahostreferats der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen/Isar. Seit 1976 ist er Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg. Aus der Fülle seiner Veröffentlichungen seien genannt: „Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas“ (1996), „Der Islam in der Gegenwart“ (Hrsg. zusammen mit Werner Ende, 4. Aufl. 1996) und „Die Türkei“ – Informationen zur Politischen Bildung Nr. 277 (2002).

Anschrift Prof. Dr. Udo Steinbach
Deutsches Orient-Institut
Neuer Jungfernstieg 21
20534 Hamburg
Deutschland

Auf der Suche nach einem neuen Standort – Europa und die Türkei

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Türkei-Experten
Udo Steinbach

Seit Monaten gehört die anvisierte EU-Mitgliedschaft der Türkei zu den zentralen Themen eines weitgehend emotional geführten Diskurses. Gegner befürchten gar ein Ende des historischen Projekts Europa. Im folgenden Gespräch analysiert der Türkei-Experte Professor Dr. Udo Steinbach vom Deutschen Orient-Institut in Hamburg das schwierige Verhältnis zwischen Europa und der Türkei

conturen: Im Verlauf der letzten Monate nahmen in allen wichtigen Ländern der Europäischen Union die kontroversen Diskussionen über eine eventuelle Aufnahme der Türkei massiv zu. Lässt sich in diesen Auseinandersetzungen eine Art „Grundmuster“ ausmachen?

Steinbach: Was ich erkennen kann, ist eine Verschiebung der Akzente. Innerhalb der letzten 15 Jahre setzte sich Europa immer sehr pragmatisch und leistungsorientiert mit der Perspektive einer weiteren europäischen Annäherung der Türkei auseinander: 1987 stellte die Türkei einen Antrag auf Aufnahme in die Europäische Union, der 1989 mit sehr sachlichen Argumenten zurückgewiesen wurde. 1996 ging die Europäische Union nach mancherlei Schwierigkeiten mit der Türkei eine Zollunion ein und 1999 gab sie ihr schließlich den Kandidatenstatus.

In den letzten ein bis zwei Jahren bemerken wir nun eine Verlagerung von dieser eher pragmatischen Argumentationsweise zu einer kulturell und religiös geprägten Diskussion. Immer stärker wird das Thema des Islams in den Vordergrund gehoben, und das der kulturellen und religiösen Unvereinbarkeit Europas mit der Türkei. Je näher das entscheidende Datum rückt, an dem in Brüssel über die definitive Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entschieden wird, umso weiter treten Sachargumente aus dem Blick. Stattdessen beobachten wir die Instrumentalisierung einer vor allem emotional bestimmten negativen Grundeinstellung.

conturen: Worauf führen Sie dieses Ausblenden sachlicher Argumente zurück?

Steinbach: Zweifellos hat sich seit dem 11. September 2001 und im Gefolge dessen, was wir seither erleben, das Bild des Islams insgesamt verdüstert. Die islamische Welt in ihrer Gesamtheit wird mit Misstrauen betrachtet. Der Islam und seine angebliche Unvereinbarkeit mit Entwicklung oder mit Moderne werden häufig in einem Atemzug genannt. Extremismus und Gewalttätigkeit

*Verschiebung
der Akzente*

*Von einer pragmat-
ischen Argumenta-
tionsweise...*

*...zu einer kulturell
und religiös gepräg-
ten Diskussion*

*Das Bild des Islams
hat sich verdüstert*

*Negatives Image
hat nichts mit Kultur
an sich zu tun*

sind weitere Komponenten, die dem Islam zugeschrieben werden. Dieses negative Image, das nichts mit Kultur an sich zu tun hat, sondern aus dem politischen Raum erwächst, schlägt sich nieder auf die Türkei, die von der europäischen Öffentlichkeit nun ebenfalls negativ gesehen wird. Als im November 2003 in Istanbul eine Reihe von Attentaten stattfand, nahmen einige deutsche konservative Politiker dies sofort zum Anlass, daraus ein Argument gegen die Aufnahme der Türkei zu konstruieren: Jetzt habe der islamistische Terror auch schon die Türkei erreicht, wie könne man sie da in die Europäische Union aufnehmen.

conturen: Das heißt, es ist die diffuse Furcht vor den politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen radikal-islamistischer Tendenzen, die die Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei in weiten Teilen der Öffentlichkeit schürt?

*Türkei hat keine
Tradition eines extremistischen
Islamismus*

Steinbach: Ja, auch wenn diese Furcht auf keiner realen, nachvollziehbaren Grundlage beruht. Die Türkei hat bis jetzt keine Tradition eines militanten und extremistischen Islamismus. Bei dem, was in der Türkei in den vergangenen Jahren von Zeit zu Zeit an solchen Strömungen in Erscheinung trat, handelte es sich stets um Splittergruppen. Was sich aber in der Tat vollzieht, ist eine Rückkehr des Islams ins gesellschaftliche Erscheinungsbild der Türkei. Der kemalistische Laizismus, der eine unhistorische Trennung von Religion und Politik vorgenommen hatte, beginnt sozusagen „weicher“ zu werden.

*Synthese von westlicher
Modernität
und islamischem
Erbe?*

Zum ersten Mal befindet sich in der Türkei seit den Wahlen vom November 2002 mit der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Recep Tayyip Erdogan eine Partei an der Macht, die versucht, das islamische Erscheinungsbild des Landes stärker zu betonen, aber zugleich intensiver und entschlossener als jede andere den Weg nach Europa zu gehen. Damit könnte es erstmals in einem Land der islamischen Welt gelingen, eine Synthese von Modernität, die eine Modernität des Westens und Europas ist, auf der einen Seite, und einem Rekurs auf ein Erbe, das islamisch geprägt ist, auf der anderen Seite, zustande zu bringen. Sollte dies gelingen, hätte die Türkei eine Herausforderung bewältigt, der weite Teile der islamischen Welt gegenüberstehen. Und ein solcher europäischer Islam wäre für Europa eine enorme kulturelle Bereicherung.

conturen: Wie würde dieser europäische Islam aussehen?

*Ein Islam im Rahmen
europäischer,
politischer und
gesellschaftlicher
Systeme*

Steinbach: Es wäre ein Islam, der es ermöglicht, im Rahmen europäischer politischer und gesellschaftlicher Systeme zu leben. Wie dieser Islam inhaltlich im Detail aussieht, darüber brauchen wir uns keine Gedanken machen. Es wird jedenfalls kein saudischer Islam sein, ebenso kein iranischer Islam und es wird auch kein Islam sein, wie er heute noch in Ägypten gelebt wird. Er wird die Grundlagen des Islams verkörpern, aber die Menschen zugleich in die Lage versetzen, außerhalb der islamisch geprägten Welt in Europa eine neue Existenz als Muslime zu gründen. Damit vermeiden wir jede theologische Festlegung, die in der Tat nicht unsere Sache sein kann.

Spricht man allerdings Muslime auf einen „europäischen Islam“ an, dann entsteht bei ihnen sofort der Verdacht, die listigen Europäer wollten sie jetzt sozusagen „teilen“ und ihnen ihre Form von Islam aufschwätzen. Sie fürchten, in Wahrheit vom Islam abgebracht und ins zunehmend atheistische Europa gelockt zu werden. Doch als Europäer meinen wir mit „europäischen Islam“ eine islamische Lebensform, die mit unseren europäischen Institutionen und politischen Wertvorstellungen vereinbar ist.

conturen: Könnte vor diesem Hintergrund der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union tatsächlich die Funktion einer Brücke des Westens zur arabischen und islamischen Welt erfüllen?

Steinbach: Die Türkei bildet heute in der Tat jene „Brücke“, von der in der Vergangenheit so viel die Rede war. Denn zum ersten Mal hat sie wirklich zwei Pfeiler: einen in Europa und – als nunmehr islamisch-demokratisches System – einen in der islamischen Welt. Arabische Eliten, die sich vom „Kemalismus“ eher abgestoßen fühlten, betrachten die türkische Synthese von Demokratie und Islam in der Gegenwart mit größtem Interesse. Wenn Sie heute in der islamischen Welt reisen und sich, etwa in Ägypten oder Pakistan, woher ich gerade komme, mit den Menschen unterhalten, dann werden Sie feststellen, dass in deren Augen die Türkei nach sehr langer Zeit wieder so etwas wie Attraktivität besitzt.

conturen: Aber gerade die Vereinbarkeit von Islam und Europa wird von den Gegnern eines EU-Beitritts der Türkei vehement bestritten. Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler spricht von einem „verblendeten Harakiri“, sollte es tatsächlich zu einem EU-Beitritt der Türkei kommen...

Steinbach: Stellungnahmen dieser Art gehen von einem ausgesprochen statischen und wirklichkeitsfremden Kulturbegriff aus: Europa hier – die islamische Welt dort. Mir scheint, Europa wird immer noch gedacht als ein Europa ich weiß nicht welcher Vergangenheit, als hätten wir uns gerade in den letzten Jahrzehnten kulturell nicht verändert. Hans-Ulrich Wehler sagte an anderer Stelle sogar, es gebe Trennlinien zwischen den Kulturen, die die Türkei auch nach achtzig Jahren der Verwestlichung nicht überwunden habe.

Wer heute Kulturen als Entitäten versteht, die unabänderlich und für alle Zeiten aus der Geschichte und weit in die Zukunft dieselben blieben, abgetrennt, abgeschottet von anderen Kulturen, irrt gewaltig. Gerade die Türkei bietet ein Beispiel dafür, wie weit sich ein Land, das aus einem anderen Kulturkreis kommt, tatsächlich für den Westen öffnen kann. Die Grundentscheidung für diese Öffnung zu Europa wurde im 19. Jahrhundert getroffen und konsequent seit der Gründung der Türkischen Republik in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts weiterverfolgt. Sie gewann noch einmal an Dynamik durch die Entwicklungen im Verlauf der letzten drei, vier Jahre. Die gegenwärtig in Ankara an der Macht befindliche Regierung unter Erdogan ist die erste, die erkennt, dass der sture, staatsorientierte Nationalismus, der die türkische Geschichte so nachhaltig geprägt hat, nicht mehr trägt und dass man sich eingliedern muss in supranationale Strukturen.

Islamische Lebensform...

...europäische Institutionen und politische Wertvorstellungen

Die Türkei bildet eine „Brücke“

Ein statischer und wirklichkeitsfremder Kulturbegriff

Grundentscheidung für Öffnung zu Europa im 19. Jahrhundert

conturen: Auch Kardinal Joseph Ratzinger erklärte, dass er einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union für „unhistorisch“ halte, denn die Türkei habe geschichtlich wie kulturell wenig mit Europa gemein...

Die inner-europäischen kulturellen Gegensätze könnten kaum größer sein

Steinbach: Kardinal Ratzinger bemüht nur noch ein weiteres Mal das Argument, die Türkei sei „anders“. Natürlich ist die Türkei „anders“, so wie Italien anders ist als Schweden. Die innereuropäischen kulturellen Gegensätze könnten kaum größer sein. Was Kardinal Ratzinger übersieht, ist, dass Europa im Inneren ungeheure kulturelle Divergenzen aufweist, die aber in jenen Institutionen, die Europa ausmachen – ob es sich um das Parlament, die Kommission oder irgendwelche anderen Einrichtungen handelt –, keinerlei Auswirkungen zeitigen.

Griechenland: erstes christlich orthodoxes Land der EU

In der Europäischen Union wurden Institutionen geschaffen – und das ist von größter Bedeutung –, die mit Religion und Kultur überhaupt nichts gemein haben: Hier spielen religiöse Zuordnungen, gleich welcher Art, überhaupt keine Rolle. So ist uns beispielsweise noch gar nicht richtig bewusst geworden, dass mit Griechenland das erste christlich orthodoxe Land der Europäischen Union angehört, dem mit Bulgarien und Rumänien bald weitere orthodox geprägte Länder folgen werden. Und obwohl das Schisma noch immer fortbesteht, ist es für die Arbeit in den Institutionen der Europäischen Union ohne Belang. Warum sollte dann mit der Türkei nicht auch ein islamisches Land der Europäischen Union angehören, dem es gelungen ist, vor dem Hintergrund seiner eigenen Geschichte wertneutrale demokratische Institutionen zu gründen?

conturen: Wenn Sie aber nun den religiös-kulturellen Bereich in den Blick nehmen, wie bewerten Sie dann die Befürchtung einer „Orientalisierung“ Europas durch einen EU-Beitritt der Türkei?

Wir befinden uns in einer Situation wie 476 n. Chr.

Steinbach: Wir befinden uns in einer Situation wie im Jahre 476 n. Chr., als das Weströmische Reich zusammenbrach und später die Karolinger damit begannen, dieses Europa als ein Europa von Staaten unter dem Banner des Christentums neu aufzubauen. Wie das Weströmische Reich durch die völkerwandernden Stämme unter Druck geraten war, so steht auch das heutige Europa unter erheblichem Druck von außen und beginnt sich in zweifacher Hinsicht zu verändern: Die Staatlichkeit wird überwunden zugunsten einer gesamteuropäischen Konzeption und es findet ein dramatischer Prozess der Entchristianisierung statt. Daher rühren die Ängste vor einer „Orientalisierung“ Europas. Man befürchtet, dass dieses sich noch christlich nennende Europa von anderen Gläubigen „unterwandert“ wird.

Der historische Prozess ist unabwendbar

So verständlich diese Furcht ist, so unabwendbar ist der historische Prozess. Ein Europa, das sich nicht mehr selbst fortentwickelt und verändert, sich selbst nicht mehr neu reproduzieren kann und das seinen Glauben an sich selbst verliert, verharrt nur noch in der Defensive. In einer sich globalisierenden Welt muss Europa sich seinerseits öffnen um zu überleben. Die Frage ist nur, wie wir diesen Wandel, der von außen an uns herangetragen wird,

integrieren und in einen Prozess umgestalten, der Europa nicht sprengt, sondern seine Zukunftsfähigkeit sichert.

conturen: Skeptiker eines solchermaßen gewandelten Europas verweisen auf die demografische Entwicklung: Würde die Türkei Mitglied der Europäischen Union, stünden 330 Millionen Nichtmuslimen 145 Millionen Muslime gegenüber bei steigender Tendenz des muslimischen Anteils in der absehbaren Zukunft...

Steinbach: Natürlich steht auch die Komponente der Migration im Mittelpunkt des Interesses: Die Europäische Union hat jetzt 15 Millionen Muslime und sie wird sich weiter „islamisieren“. Das ist unabdingbar nach der Konstellation der Dinge. Schließlich sind wir Nachbarn der islamischen Welt, einer islamischen Welt, die immer stärker nach Europa drängt. Wenn die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird, dann stellt sich nicht mehr die Frage, ob die Türken neunzig Millionen Muslime sind und damit die Zahl der bereits heute in Europa lebenden Muslime beträchtlich erhöhen, sondern die Frage wird lauten, ob Europa den Prozess des kulturellen Wandels, der mit dem Wandlungsprozess der Europäischen Union ipso facto verbunden ist, vollbringen kann oder nicht. Traut Europa sich das nicht zu, kann es sich insgesamt abmelden. Denn dann hat es keine Zukunft mehr.

conturen: Sie teilen nicht die Bedenken hinsichtlich einer „Überdehnung“ der Europäischen Union durch den Beitritt der Türkei?

Steinbach: Im kulturellen Bereich sehe ich auf keinen Fall eine „Überdehnung“. Die europäischen Institutionen sind säkular und wer die Bedingungen erfüllt, der hat den Zugang zu diesem Europa. Auch auf dem Gebiet der Politik kann ich keine „Überdehnung“ erkennen. Die Türkei ist seit Jahrzehnten Mitglied der NATO und hat in diesem Rahmen wesentliche Errungenschaften westlicher Politik im Sinne der Durchsetzung freiheitlicher demokratischer Grundwerte mitgetragen.

Ökonomisch mag eine „Überdehnung“ vorübergehend stattfinden. Aber das bedeutet zugleich eine wesentliche Herausforderung an die Europäische Union. Denn wenn jene Strukturen, die schon jetzt nicht mehr haltbar sind – etwa Strukturen der Agrarsubventionen, des Regionalausgleichs und anderes mehr –, nicht energisch neu organisiert werden, dann ist auch die Erweiterung um die letzten zehn Mitglieder nicht mehr zu verkraften und schon gar nicht die in Aussicht stehende Aufnahme mehrerer Balkanstaaten. Das heißt, wenn irgendwo das Argument der „Überdehnung“ zutrifft, dann handelt es sich um eine Herausforderung an die Strukturen der Europäischen Union selbst, die neu verhandelt und umgebaut werden müssen, um dieses Europa nach innen ökonomisch und nach außen als politischen Akteur in einer sich verändernden Welt politischer Konstellationen handlungsfähig zu machen.

conturen: Umfragen haben ergeben, dass sich in den Ländern der Europäischen Union die überwiegende Mehrheit der Bürger gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ausspricht. Lässt sich gegen einen solchen Mehrheitswillen ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union politisch überhaupt durchsetzen?

Die EU wird sich weiter „islamisieren“

Kann Europa den Prozess des kulturellen Wandels vollbringen?

Die Türkei ist seit Jahrzehnten NATO-Mitglied

Eine Herausforderung an die Strukturen der EU

*Europa sucht einen
neuen Standort
in der Welt*

*Gefordert ist ein
klarer, manifester
Wille der
politischen Führung*

*Was die Religions-
freiheit betrifft,
müssen wir
Europäer sehr
kritisch sein*

*Die Christen der
Türkei waren eine
diskriminierte
Minderheit*

Steinbach: Wir befinden uns in einer Situation, da Europa in der Welt einen neuen Standort sucht. Eine solche Entwicklung bedarf entschiedener politischer Führung. Es wäre fatal, wenn sich die Politik hier von den diffusen Ängsten einer europäischen Öffentlichkeit beeinflussen ließe. Von daher halte ich die Frage der EU-Erweiterung, zumindest was den Gang der Verhandlungen bis zur endgültigen Entscheidung über die Mitgliedschaft betrifft, für eine Sache der politischen Führung im ganz manifesten Sinne des Begriffs. Werfen wir einen Blick auf die jüngsten EU-Beitrittsländer, beispielsweise Polen und Ungarn. Plötzlich bekommt die Bevölkerung kalte Füße, weil sie sich möglicherweise vom Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union etwas anderes erhofft oder vorgestellt hatte. Es ist sehr wohl denkbar, dass diese Bevölkerungen heute, sollten sie in einem neuen Referendum befragt werden, negativ votieren würden. Vielleicht wäre dies sogar in Deutschland der Fall. Angesichts der historischen Tragweite der Entscheidung und angesichts der diffusen Ängste einer breiten Öffentlichkeit in Europa wäre ein solches neuerliches Referendum nicht nur überflüssig, es wäre geradezu kontraproduktiv. Gefordert ist ein klarer, manifester Wille der politischen Führung in den einzelnen Ländern zur Durchsetzung dieses historischen Prozesses.

conturen: Nun gibt es aber durchaus auch sachliche Argumente, die gegen eine Aufnahme der Türkei sprechen. Wie bewerten Sie etwa den Komplex der Einhaltung der Menschenrechte, die Bekämpfung der Folter, die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit auf allen Ebenen und die Gewährleistung von Religionsfreiheit?

Steinbach: Die Türkei weist in diesen Bereichen zweifellos erhebliche Defizite auf. Und sollte in zwei oder drei Jahren die Entscheidung einer Aufnahme der Türkei in die Europäische Union anstehen, müsste die Antwort Nein lauten. Zwar hat die Türkei in den letzten Jahren einen beachtlichen Wandlungsprozess vollzogen, beispielsweise im Bereich der Gesetzgebung und der Strafrechtsreform, der aktiven Bekämpfung der Folter, der Einführung des kurdischen Sprachunterrichts und anderem mehr. Aber ungeachtet dieser Fortschritte bleibt für sie noch viel zu tun, um auf den verschiedenen Ebenen europäischen Standards zu genügen. Insbesondere was die Religionsfreiheit betrifft, müssen wir Europäer sehr kritisch sein.

Das Geschick der christlichen Minderheit in der Türkei seit der Gründung der türkischen Republik im Jahre 1923 ist ein dramatisch negatives. Die Christen haben weitgehend das Land verlassen. Sie sind niemals durch den Staat wirklich geschützt worden, trotz der entsprechenden Abmachungen im Lausanner Vertrag von 1923. Das zieht sich bis in die Gegenwart hinein. Verglichen mit den Rechten von Muslimen in Europa, waren die Christen der Türkei eine diskriminierte und schikanierte Minderheit. Und da reichen auch die in der letzten Zeit erlassenen Gesetze, die es beispielsweise den Religionsgemeinschaften erlauben, Stiftungen zu unterhalten und damit auch gesellschaftlich zu wirken, einfach nicht aus. Hier sind mit Blick auf die Beitrittsverhandlungen die Kirchen in Europa gefordert, ihren kritischen Einlassungen Geltung zu verschaffen. Schließlich steht die Entscheidung über die

EU-Aufnahme der Türkei nicht in zwei oder drei Jahren an und bis zur definitiven Entscheidung in etwa einem Jahrzehnt muss und kann sich noch viel verändern.

conturen: Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Widerstände gegen einen EU-Beitritt in der Türkei selbst?

Steinbach: Die rigorosen Gegner eines türkischen EU-Beitritts zerfallen in zwei Lager. Zum einen sind es die islamischen Fundamentalisten um die Gestalt von Necmettin Erbakan. Zum anderen sind es die Kemalisten, die die Modernisierung der Türkei in Richtung auf eine Europäisierung am stärksten vorangetrieben haben. Bei ihnen stößt der eingeschlagene Weg nach Europa mittlerweile auf erhebliche Skepsis, tangiert er doch aus ihrer Sicht die Identität der Türkei angesichts der Bedingungen, die die Europäische Union dem Land auferlegt. Diese neokemalistischen und neotürkisch-nationalistischen Kreise wollen keine Anerkennung einer kurdischen Identität und keine Ausbildung in der kurdischen Sprache, weil ihrer Einschätzung nach eine solche Entwicklung die Türkei sprengen würde. Sie wollen keine islamische Einfärbung der Gesellschaft und keinen Ministerpräsidenten, dessen Frau ein Kopftuch trägt. Denn sie sehen darin das Prinzip des Laizismus, auf dem die Republik beruht, unterminiert.

conturen: Was ist Ihre Ansicht über die statt einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei jetzt in Rede stehende „privilegierte Partnerschaft“?

Steinbach: Im Augenblick kommt so etwas für die Türkei nicht infrage. Die Türkei will – wie alle anderen EU-Anwärter auch – ohne Wenn und Aber aufgenommen werden. Zurecht verweisen die Türken auf ihre Verträge und wehren sich dagegen, von vornherein schlechter gestellt zu sein als die soeben aufgenommenen zehn Mitglieder und Bulgarien oder Rumänien. Insofern stellt dieser von europäischer Seite angedachte Sonderstatus für die Türkei geradezu eine feindselige Herausforderung dar. Doch in der Realität wird das möglicherweise ganz anders aussehen. Niemand von uns weiß und kann voraussagen, welches Bild Europa in zehn Jahren bieten wird: Ist es ein Europa der Bundesstaaten? Ist es ein Europa der zwei, drei oder vier „Geschwindigkeiten“? Ist es vielleicht ein Europa, das in zunehmendem Maße zerfällt? Entsprechend dieser oder jener Entwicklung können dann Entscheidungen getroffen werden. Es könnte durchaus sein, dass die Türkei in Erkenntnis dessen, dass die Entwicklung der Europäischen Union einen aus ihrer Sicht wenig zufrieden stellenden Verlauf nimmt, kein Interesse mehr an einer Mitgliedschaft zeigt.

conturen: Welche politischen Folgen würde denn ein „Draußenbleiben“ der Türkei vor der Tür der Europäischen Union für Europa mit sich bringen?

Steinbach: Das hängt davon ab, wann und wie dieses „Draußenbleiben“ zustande kommt. Wenn im Verlauf eines Verhandlungsprozesses beide Seiten zu der Überzeugung gelangen, dass das ursprüngliche Vorhaben für sie nicht attraktiv ist, dann trennt man sich entweder oder man geht pragmatisch aufeinander zu und es

*EU-Beitrittsgegner
in der Türkei*

*Neokemalistische
und neotürkisch-
nationalistische
Kreise*

*Eine geradezu
feindselige Heraus-
forderung...*

*Welches Bild wird
Europa in zehn
Jahren bieten?*

*„Privilegierte
Zusammenarbeit“*

kommt tatsächlich zu einem Sonderverhältnis in der Art einer „privilegierten Zusammenarbeit“. Das würde nicht viel verändern. Würde hingegen die Europäische Union das Beitrittsbegehren der Türkei mit einem klaren Nein beantworten, dann könnte das dramatisch negative Entwicklungen für Europa zeitigen.

*EU-Nein zu
Türkei-Beitritt
könnte dramatisch
negative Ent-
wicklungen zeitigen*

Die jetzt an der Macht befindliche türkische Regierung mit ihrer konservativ-islamischen Ideologie wird in weiten Teilen der Türkei sehr kritisch gesehen. Und jene Kräfte, die in den letzten zwei, drei Jahren systematisch in den Hintergrund gedrängt wurden, ob es nun die klassische kemalistische Staatselite ist oder ob es die Militärs sind, würden wieder in den Vordergrund treten mit dem Ziel, eine „Abrechnung“ herbeizuführen. Ihre Argumentation würde lauten: Ihr habt die Türkei in die Sackgasse geführt – Europa will euch nicht; ihr habt euch da hineindrängen wollen und dabei wesentliche Errungenschaften der Geschichte der türkischen Republik aufgegeben; ihr habt den Laizismus verraten; ihr habt den Kurden zu ihrem Wiedererstarken verholfen; ihr habt auf Zypern die Interessen des türkischen Bevölkerungsanteils verraten und dergleichen mehr. Diese „Abrechnung“ würde zu einem „backlash“ führen, der für Europa und seine Interessen, vor allem im Nahen Osten, extrem negativ wäre. Als Stichwort nenne ich nur die „Kurdenfrage“, und zwar die Kurdenfrage im Irak, die dann automatisch eine Wiederauflage der Kurdenfrage in der Türkei würde – mit den bekannten Rückwirkungen in Europa.